Haushaltsrede 2027

der Stadtkämmerin Ulla Elschner

05.11.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Maier, Herr Bürgermeister Heberle, Frau Bürgermeisterin Noller, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, der Bürgerschaft und der Verwaltung,

wir hatten im laufenden Jahr 2026 mehrere „Erste Male“ – Nachtragshaushalt und Haushaltssperre und auch die enge Abstimmung des Vorentwurfs mit dem Regierungspräsidium gab es vorher in der Form noch nie. Der Blick auf die Zahlen für 2027 erfolgt heute in einer Zeit, die für die Kommunen in Baden-Württemberg von nie dagewesenen Herausforderungen geprägt ist. Wir alle erleben eine finanzpolitische Schere, die jeden Spielraum nimmt: Während die Gewerbesteuer sinkt, steigen die Umlageverpflichtungen an übergeordnete Ebenen unaufhaltsam. Zusammen mit weiterwachsenden Pflichtaufgaben führt das zu einem Überschreiten der Belastungsgrenze.

Wie Sie aus den Klausurterminen bereits wissen: Für das Jahr 2027 hat sich die Lage insbesondere bei der Liquidität nochmals spürbar verschlechtert. Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist das zentrale Problem, das es zu lösen gilt.

Die Rahmenbedingungen – vieles bleibt, manches wird schlechter



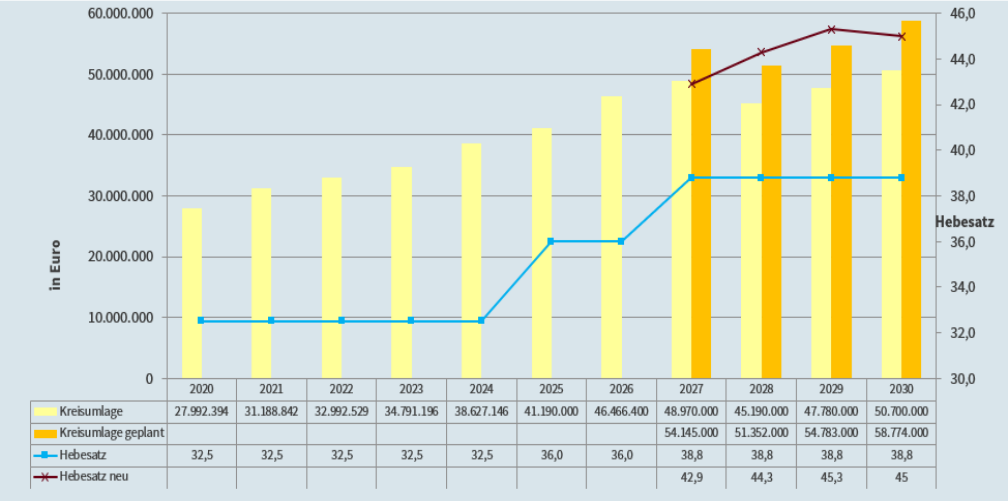






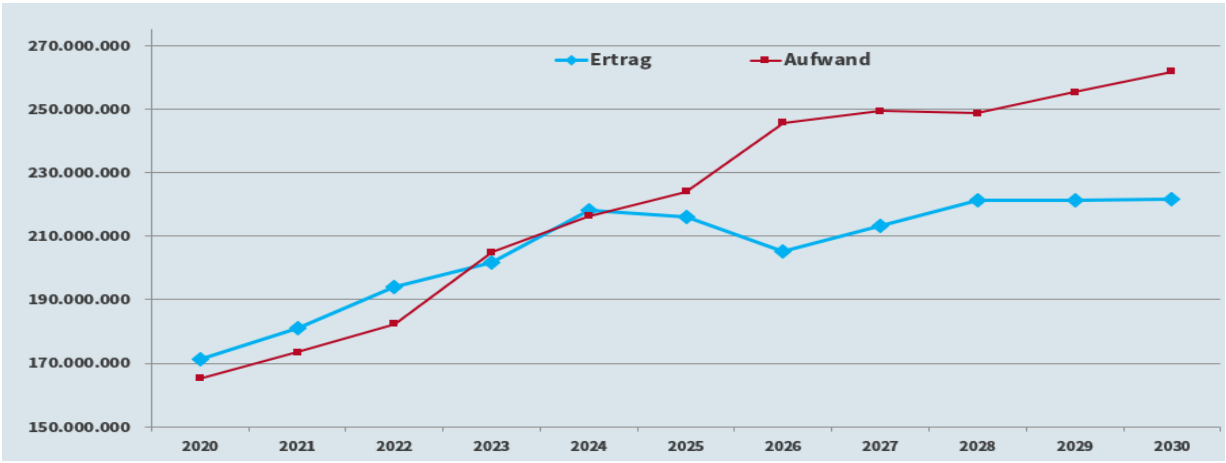
Die äußeren Rahmenbedingungen haben sich nicht verbessert. Die Entwicklung von sich überlagernden Krisen und weltpolitischen Konflikten setzt sich fort, die außenwirtschaftlichen Unwägbarkeiten bleiben hoch. Material- und Lohnsteigerungen treiben die Kosten weiter nach oben und machen notwendige Investitionen immer teurer. Gleichzeitig ist die Unsicherheit groß, ob die aktuell positiven Konjunkturerwartungen auch real eintreten und wie und wann sich diese in Göppingen abbilden.

Hinzu kommt die bestehende Unsicherheit bzgl. der Entwicklung der Kreisumlage. Jeder Punkt Erhöhung des Umlagesatzes kostest die Stadt Göppingen 1,25 Mio. EUR.



	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Kreisumlage	27.992.394	31.188.842	32.992.529	34.791.196	38.627.146	41.190.000	46.466.400	48.970.000	45.190.000	47.780.000	50.700.000
Kreisumlage geplant								54.145.000	51.352.000	54.783.000	58.774.000
Hebesatz	32,5	32,5	32,5	32,5	32,5	36,0	36,0	38,8	38,8	38,8	38,8
Hebesatz neu								42,9	44,3	45,3	45

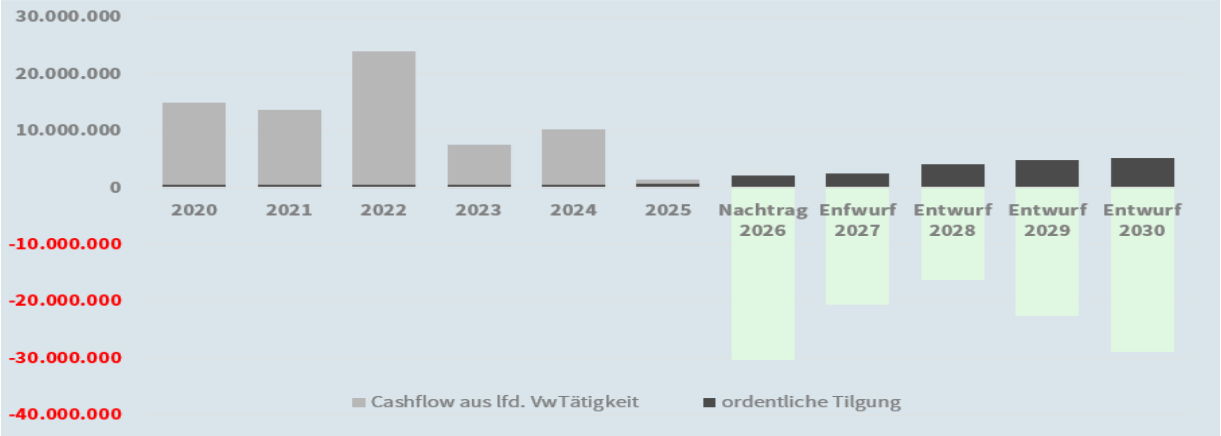
Die Folge ist, dass die Ausgaben in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind, während die Einnahmen nicht im gleichen Umfang mitgewachsen sind. Die mühsamen Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre waren richtig und notwendig, haben aber – Stand heute – noch nicht zu einer Stabilisierung geführt.



Die Ausgangslage 2027 - Konsolidieren und Liquidität sichern

Wir müssen ehrlich sein: Die aktuellen Jahre, und dazu gehört auch das Jahr 2027, sind Jahre schwieriger Entscheidungen. Wichtig ist jetzt maßvolles Handeln. Die Konsolidierung des städtischen Haushalts ist eine absolute Notwendigkeit, um die finanzielle Handlungsfähigkeit nicht zu verlieren.

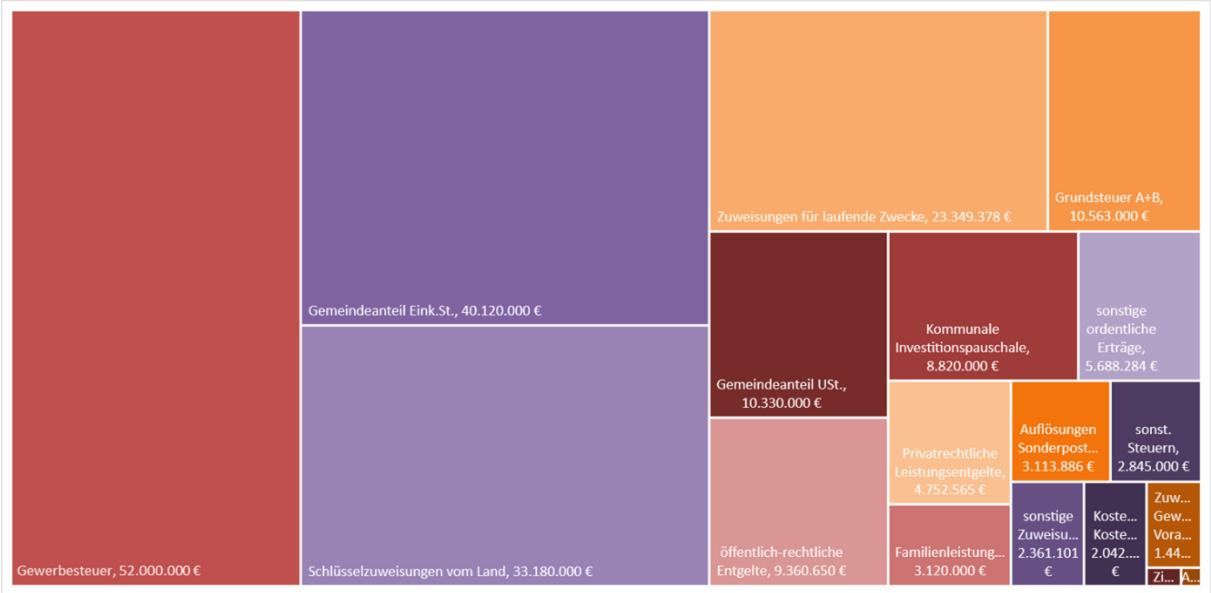
- Wie von Herrn OBM Maier dargestellt, müssen wir erkennen, dass wir uns von wünschenswerten Leistungen trennen müssen – sprich bei den freiwilligen Leistungen werden wir uns reduzieren müssen
- Und dann den Fokus konsequent auf die Pflichtaufgaben setzen – das ist neben der Kinderbetreuung der Erhalt der Infrastruktur, bis hin zur Gefahrenabwehr. Und auch hier werden die Leistungen und Standards auf das gesetzlich vorgegebene Maß zurückgeführt werden müssen.



Das dauerhaft im Planungszeitraum negative Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in einer solchen Größenordnung, in dem die bereits getroffenen Einsparungen bzw. Ertragsverbesserungen durch Kostensteigerungen aufgefressen werden macht die Dynamik der Lage deutlich.
Was in den vergangenen Jahren vor allem eine Ergebniskrise war, ist mittlerweile zu einer Liquiditätskrise geworden: Die bestehenden Kreditlinien müssen zunehmend validiert werden was zu einem rasanten Anstieg der Verschuldung und der daraus resultierenden Folgelasten führt.

Kurz gesagt: Die Stadt nähert sich in einem gefährlich hohen Tempo dem Punkt, an dem nicht mehr jede fällige Rechnung ohne weiteres bezahlt werden kann, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird. Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist damit nicht mehr nur ein abstraktes Ziel in der Haushaltsstrategie, sondern zur existenziellen Aufgabe für die Stadt Göppingen geworden.

Der Haushalt 2027 – Woher kommt das Geld?

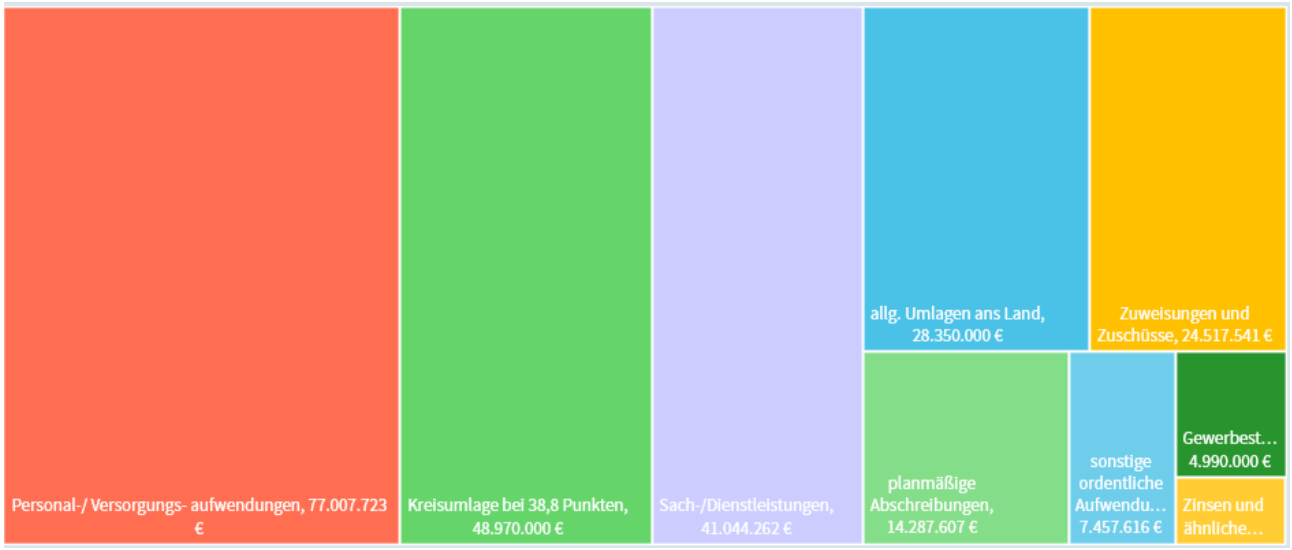


Das Ziel bleibt, die Einnahmen stabil zu halten und, wo es möglich ist, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Dazu sind bereits in der Klausur Vorschläge vorgestellt worden, die weiterverfolgt und zeitnah umgesetzt werden sollten. Die Auswirkungen der Herbststeuerschätzung und die noch ausstehenden Orientierungsdaten sowie die neuen Schlüsselzahlen lagen zum Zeitpunkt der Planerstellung noch nicht vor und sind deshalb hier auch noch nicht berücksichtigt.

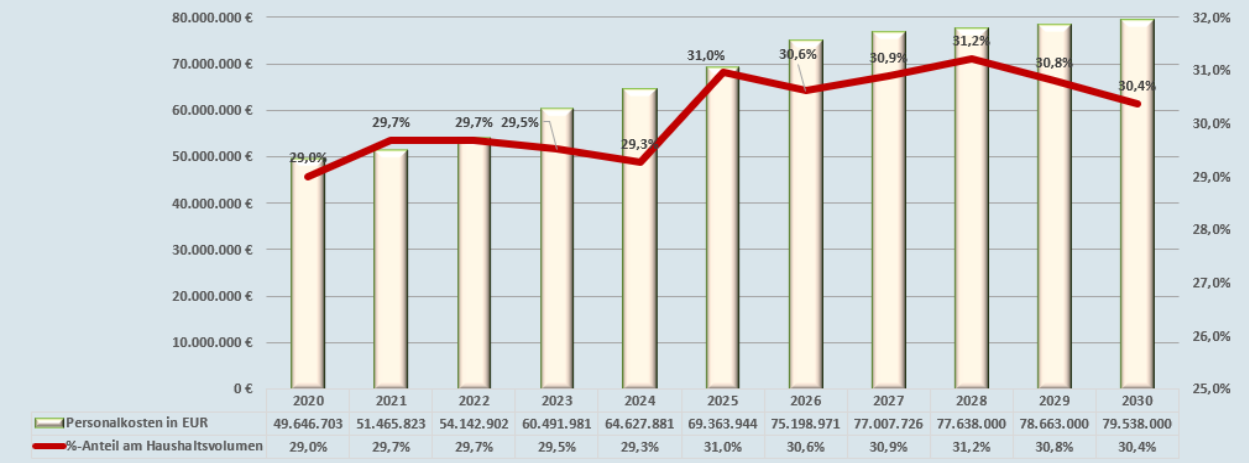
Basisjahr	gültig von - bis	Schlüsselzahl	Veränderung
1998	2000 - 2002	0,0055023	
2001	2003 - 2005	0,0052297	-5,2%
2004	2006 - 2008	0,0051082	-2,4%
2007	2009 - 2011	0,0049474	-3,3%
2010	2012 - 2014	0,0047964	-3,1%
2013	2015 - 2017	0,0044891	-6,8%
2016	2018 - 2020	0,0046125	2,7%
2019	2021 - 2023	0,004593	-0,4%
2022	2024 - 2026	0,0045422	-1,1%
2025	2027-2029	???	
Veränderung in Summe in %			**-19,7%**

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer ist nach der Gewerbesteuer die größte Einnahmeposition. Berechnungsgrundlage dafür ist eine Schlüsselzahl, die sich anhand der von den Einwohnern bezahlten Einkommenssteuer bemisst. Dort sind in der langfristen Betrachtung seit vielen Jahren rückläufige Werte zu verzeichnen – die weitere Entwicklung ist aktuell noch offen. Um diesem Risiko künftig wirkungsvoll zu begegnen ist die Ausweisung von hochwertigen Wohnungsbauflächen die richtige Maßnahme, damit die Menschen, die in Göppingen arbeiten auch hier wohnen wollen und nicht ins Umland ausweichen. Derzeit hat Göppingen hat eine hohe positive Pendlerbilanz, das heißt, es kommen mehr Menschen zum Arbeiten in die Stadt als von dort wegpendeln, den Einkommenssteueranteil bekommt aber die Wohnsitzkommune.

Wohin fließt das Geld?



Die Verteilung ist ähnlich wie in den Vorjahren, Kostentreiber sind neben den Personalkosten vor allem die Kreisumlage, aber auch die Zinsaufwendungen steigen aufgrund der schnell ansteigenden Verschuldung und den gestiegenen Zinssätzen deutlich an.

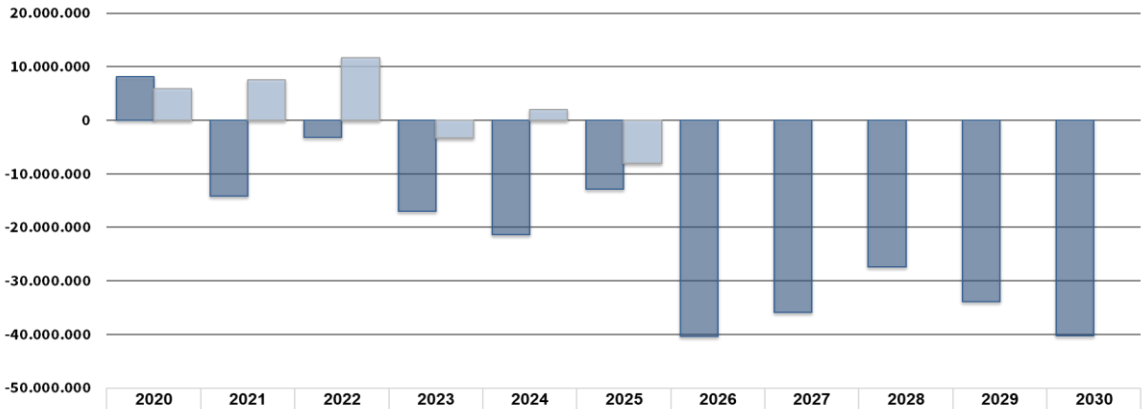


	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Personalkosten in EUR	49.646.703	51.465.823	54.142.902	60.491.981	64.627.881	69.363.944	75.198.971	77.007.726	77.638.000	78.663.000	79.538.000
%-Anteil am Haushaltsvolumen	29,0%	29,7%	29,7%	29,5%	29,3%	31,0%	30,6%	30,9%	31,2%	30,8%	30,4%

Bei den Personalkosten müssen immer die Aufgaben mitgedacht werden. Neue dauerhafte Stellen sind, wie im Vorjahr, nur noch für die Kinderbetreuung vorgesehen. Für die Verwaltung erfolgt im Gegenteil die Reduzierung gemäß dem Projekt Personalkostenbegrenzung, wie in der Klausur von Frau Bidlingmaier vorgestellt. Den Stellenplan bringen wir mit dem Haushalt heute ein. Die Tarifabschlüsse sowie weitere anstehende Aufgabenausweitungen führen trotz der bereits eingepreisten Stellenstreichungen zu einem Anstieg in den Summen.

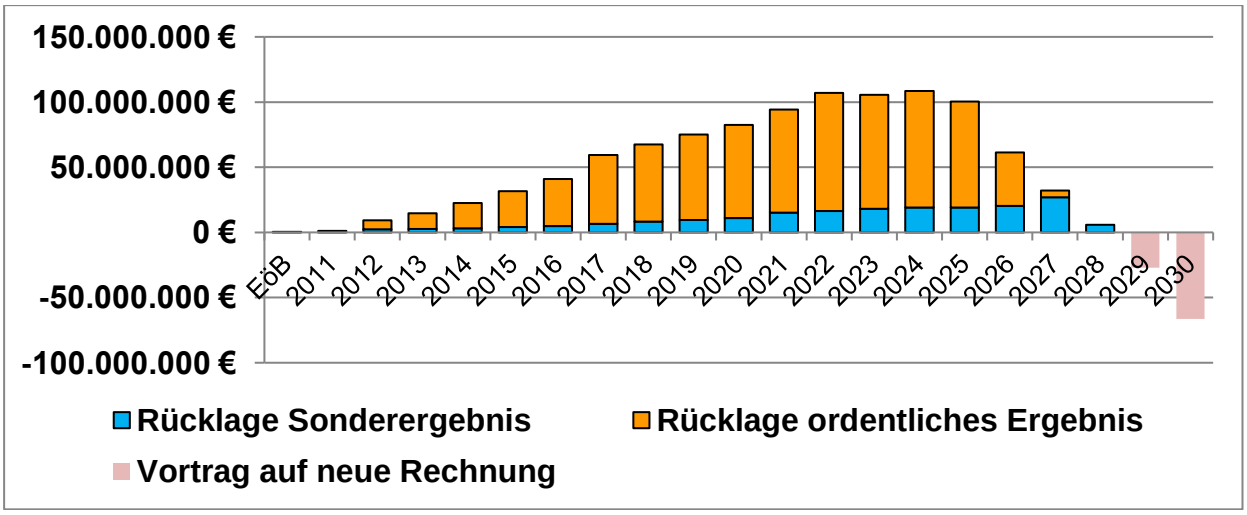
Gerade bei den Kitas hat Göppingen eine Sondersituation gegenüber dem sich inzwischen abzeichnenden Trend. Auch bei rückläufigen Kinderzahlen ist die Fortsetzung des Ausbaus erforderlich, da die Bestandsgebäude der Kirchen bei einem Trägerwechsel aufgrund geänderter Vorgaben keine neue Betriebserlaubnis erhalten können. Und mit der Übernahme folgt dann auch das Personal.

Der Blick auf die summarische Entwicklung des Ergebnishaushalts zeigt dieses Bild:



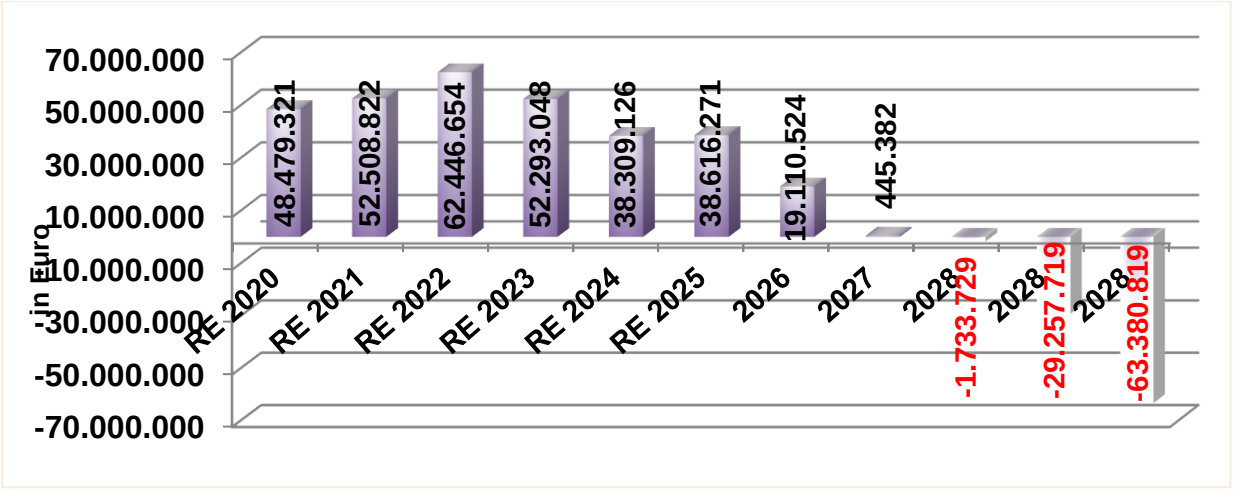
	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Ergebnis Plan	8.148.930	-14.164.18	-3.189.397	-16.974.57	-21.326.55	-12.812.87	-40.330.59	-35.902.60	-27.358.60	-33.928.60	-40.256.60
Ergebnis Ist	5.885.933	7.598.198	11.730.520	-3.338.878	2.028.694	-8.041.733					
Delta Ergebnis	-2.262.997	21.762.386	14.919.917	13.635.696	23.355.253	4.771.141					

Die Stadt Göppingen ist von einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt sehr weit entfernt, Abschreibungen stehen nicht für neue Investitionen zur Verfügung.
Der negative Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit bleibt trotz der bereits umgesetzten und eingepreisten Konsolidierungsschritte sehr hoch. Das bedeutet, dass wir unsere laufenden Verpflichtungen nicht aus laufenden Einzahlungen decken können, der Mindestzahlungsmittelüberschuss i.H. der ordentlichen Tilgungen nicht erwirtschaftet wird und wir den laufenden Betrieb über noch vorhandene Liquidität und Kassenkredite bedienen müssen.
Die bereits absehbare vollständige Auflösung des Spezialfonds ist Realität. Zusätzliche Belastungen, etwa bei unerwarteten Ausfällen oder Mehrkosten, schlagen unmittelbar auf unsere Zahlungsfähigkeit durch.



Im Haushalt 2027 zeigt sich planmäßig bereits 2028 ein vollständiger Verbrauch der Rücklagen und im Finanzplanungszeitraum ein erheblicher Verlustvortrag auf die Folgejahre angesammelt, der dann ab 2030 mit dem Basiskapital verrechnet werden muss.

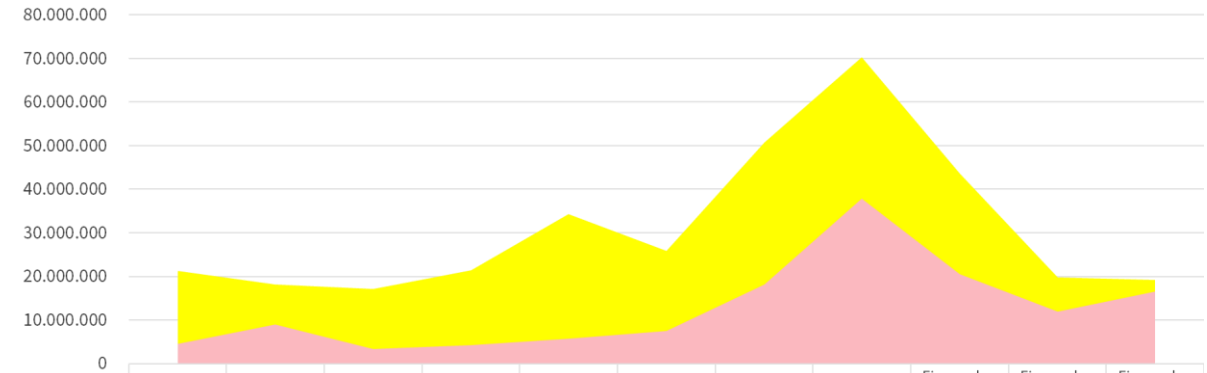
Die Liquidität hat eine stark rückläufige Dynamik entwickelt



Damit ist die Frage, ob wir uns bestimmte Leistungen und Standards „auf Dauer leisten können“, nicht mehr theoretisch, sondern akut. Jede freiwillige Leistung, jede investive Maßnahme und jede Verschiebung von Konsolidierungsentscheidungen verschlechtert unsere Liquidität und erhöht das Risiko einer Haushaltsnotlage.

Es geht an der Stelle nicht darum ein Schreckensszenario aufzeigen, aber die Augen vor der Realität zu verschließen, ist auch kein gangbarer Weg. Hier eine Vorgehensweise zu finden durch Aufgabenkritik bei den Pflichtaufgaben, an den Stellschrauben die Standards zu reduzieren und bei den freiwilligen Aufgaben das Portfolio zu prüfen und zu priorisieren, ohne das gesellschaftliche Leben und Wirken der Menschen in der Stadt zu zerschlagen, wird die Herausforderung der kommenden Monate und Jahre.
Wenn sich keine Grundlegenden Veränderungen in der Finanzierung der Kommunen ergeben und die Entwicklung wie hier aufgezeigt erfolgt, werden wir bereits mit dem nächsten Haushaltsplan ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen und beschließen müssen.
Um die Entwicklung 2027 eng zu steuern, werden wir bei Vorliegen der Genehmigung die Bewirtschaftungsfreigabe, in den Bereichen, in denen das möglich ist, auf 70% zu beschränken, um auf Veränderungen unterjährig reagieren zu können.

Investitionen mit Augenmaß für die Zukunft



	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Plan 2026	Plan 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
Auszahlungen	21.222.193	18.166.735	17.163.857	21.429.618	34.356.931	25.919.322	50.748.630	70.301.210	43.653.500	19.748.500	19.162.500
Einzahlungen	4.522.584	8.907.586	3.399.954	4.292.474	5.727.601	7.424.672	18.195.327	37.837.350	20.488.845	11.880.110	16.465.000

Hier möchte ich an die strategische Ausrichtung von Herrn Oberbürgermeister Maier anknüpfen – wir müssen sparen und wachsen. Der Sparzwang darf nicht die Zukunft der Stadt völlig verhindern. Investitionen im Jahr 2027ff sind bereits priorisiert worden, die Übersicht über das Ergebnis sehen Sie auf den Seiten 29 bis 31 im Vorbericht des Haushaltsentwurfs. Der Maßstab ist:

- Der Werterhalt der bestehende Infrastruktur -sprich Gebäude, Straßen und Brücken seht im Focus. Sanierung geht vor Neubau.
- Wir greifen, wo immer es möglich ist, auf Fördermittel zu, um unsere eigenen Investitionsanteile zu entlasten.

Investitionen sind weiterhin in die bekannten Schwerpunktbereichen: Kita- und Schulbau, ÖPNV, Brücken, Straßen und den Abbau des Sanierungsstaus im Hoch- und Tiefbau geplant. Es bleibt richtig, bereits begonnene Maßnahmen zu Ende zu führen und die städtische Infrastruktur nicht „kaputt zu sparen“. Dort wo dies bereits geschehen ist, nämlich bei den städtischen Verwaltungsgebäuden, ist der Erwerb einer Ersatzimmobilie vorgesehen und in der Folge die Veräußerung des Altbestands.

Aber: Die Investitionen müssen dem folgen, was liquiditätsmäßig finanzierbar ist. Das bedeutet für 2027:

- Die der Stadt Göppingen zustehenden Bundesmittel nach dem LuKiFG sind vollumfänglich in den Jahren 2027 -2030 eingeplant
- Investitionen wurden noch strenger nach ihrer Auswirkung auf die Zahlungsströme bewertet
- Neue Projekte können nur dann begonnen werden, wenn ihre Finanzierung über die gesamte Laufzeit gesichert ist.
- Verpflichtungsermächtigungen sind zurückhaltend zu gestalten, um den Liquiditätsdruck in den Folgejahren nicht weiter zu erhöhen.

Dies sind die Vorgaben des Regierungspräsidiums zur Konsolidierung, die zu berücksichtigen sind. Sie werden genau abwägen müssen, welche Projekte die Stadt sich noch leisten kann und welche in einen späteren Zeitraum verschoben werden müssen.

Konsolidierung in „großen Blöcken“ – mit Blick auf die Zahlungsfähigkeit

In der GR-Klausur am 17.09. wurden Sie umfassend über den Umsetzungsstand der bisherigen wiN-Maßnahmen informiert und weitere wurden Ihnen vorgeschlagen. Am 08.10. haben Sie entschieden, welche weiteren Maßnahmen für 2027 folgen sollen, und der Verwaltung die entsprechenden Prüfaufträge erteilt. Die Forderung aus Ihrer Mitte nach „großen Blöcken“ – also wirksamen, strukturellen Anpassungen – ist berechtigt, jedoch sind dazu vorab umfassende Prüfungen erforderlich.

Für 2027 bedeutet Konsolidierung vor allem:

- Sicherung der Liquidität durch Priorisierung bei den Investitionen
- Fortsetzung und Vertiefung der wiN-Maßnahmen durch:
    - Identifikation weiterer Konsolidierungsfelder in Verwaltung und Infrastruktur. Die in der Klausur geforderten Informationen zur Personalkapazitäts- und -kostenverteilung werden derzeit erarbeitet und ihnen baldmöglichst zur Verfügung gestellt.
    - Aufgabenkritik und Ausnutzung aller Prozessoptimierungspotentiale u.a. durch Digitalisierung

- Diskussion auch unbequemer Optionen, wo wir Leistungen reduzieren, neu strukturieren oder anders organisieren müssen.
- Stringente Umsetzung im Gemeinderat und in der Verwaltung

Diese Themen werden im weiteren Beratungsprozess zu diskutieren sein, um einen Weg zu finden, der sowohl die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts als auch die Liquidität der Stadt erhält.

Bund und Land – womit können wir rechnen?

Kommunalpaket Baden-Württemberg für 2027 i.H.v. **1,184 Milliarden Euro**

- **Rund 300 Millionen Euro:** Zweckgebundene Investitionsmittel für die Sanierung von Schulen, Kitas und kommunaler Infrastruktur (Brücken, Straßen, Liegenschaften).
- **Ca. 300 bis 400 Millionen Euro:** Zusätzliche strukturelle Unterstützung für den Kommunalen Finanzausgleich (FAG) zur Stabilisierung der allgemeinen Haushalte bei Steuerausfällen.
- **200 Millionen Euro:** Soforthilfe und finanzieller Nachschlag zur Defizitbeseitigung kommunaler Krankenhäuser und Kliniken.
- **188 Millionen Euro:** Ausgleichszahlungen für steigende Ausgaben im Sozialbereich, insbesondere für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.
- **90 Millionen Euro:** Erstattung und Finanzierung für Schulbegleitungen an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ).

Infrastrukturmittel aus dem Bundessondervermögen – LuKIFG-Förderung für kommunale Infrastruktur

Vor dem Hintergrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung vieler Kommunen ist die Forderung an Bund und Land, die Finanzierungsmechanismen an die übertragenen Aufgaben anzupassen, konsequent. Die auf Ebene der kommunalen Spitzenverbänden laufenden Gespräche und Verhandlungen sind ernüchternd. Die bisher erzielten Ergebnisse sind für die einzelne Kommune leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es gibt keine Anzeichen dafür, die durch Nichtbeachtung des Konnexitätsprinzips in der Vergangenheit entstandenen strukturellen Defizite anzuerkennen und auszugleichen.

Die Politik – sprich Sie und die Verwaltungsspitze - können diesen Prozess unterstützen, aber die Stadt darf sich nicht darauf verlassen, dass unsere Probleme von außen gelöst werden. Selbst bei verbesserten Rahmenbedingungen bleibt es die Aufgabe der Verwaltung und des Gemeinderats, das Portfolio der Stadt Göppingen mit der Frage „Was können wir (uns) dauerhaft noch leisten?“ fortlaufend zu überprüfen. Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist dabei der Prüfstein: Wenn eine Leistung nicht mehr mit vertretbarem Aufwand finanziert werden kann, muss sie ehrlich zur Diskussion gestellt werden.

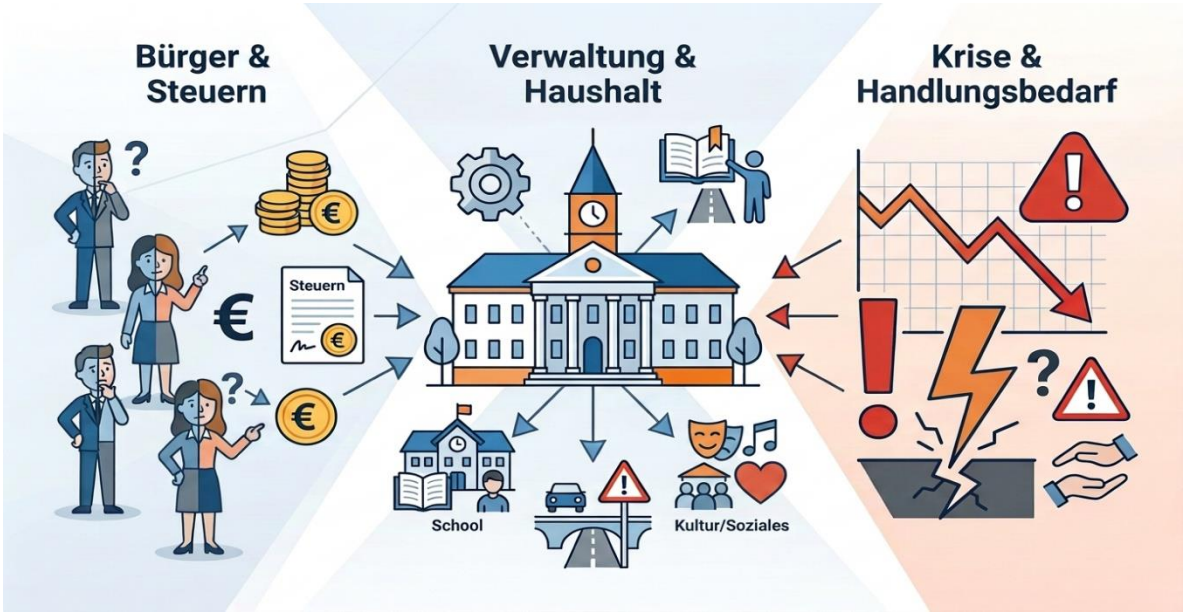
Mit dieser Zusammenfassung der Eckdaten, die die kritischen Größen darstellen, komme ich zum Ende.

in Mio. Euro	2026	2027	2028	2029	2030
Ordentliches Ergebnis	- 40,3	-35,9	-27,4	-33,9	-40,3
Entwicklung der Rücklagen	61,4	32,1	5,8	0	0
Investitionen	50,7	74,3	43,7	19,7	19,2
Kreditaufnahmen	20,9	68,9	23,1	7,8	2,6
Verschuldung 31.12.	49,7	116,1	135,0	138,0	135,5
Liquidität	19,1	0,4	-1,7	-29,3	-63,4

Zusammenarbeit und Ausblick

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre waren mühsam und haben uns allen viel abverlangt. Sowohl Gemeinderat als auch Verwaltung sind in solchen, außergewöhnlichen Zeiten stark

gefordert. Auch im Jahr 2027 wird diese Aufgabe von uns allen Mut zu unbequemen Entscheidungen erfordern.



Klar ist, dass die nun vorgelegten Zahlen für 2027 und den gesamten Finanzplanungszeitraum nicht zufrieden stellen können und dass weitere intensive Diskussionen erforderlich sind. Notwendig ist jetzt die klare Priorität auf der Sicherung unserer Zahlungsfähigkeit. Offene, sachliche Debatten über Einnahmen und Ausgaben sowie Leistungen und Auswirkungen bei Kürzungen sind erforderlich um einen Weg finden zu können, der in eine nachhaltige Finanzpolitik für die Stadt Göppingen mündet.

Ein Haushalt entsteht nicht im luftleeren Raum. Deshalb darf ich an dieser Stelle meinen Mitarbeitenden der Kämmerei und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit an diesem Zahlenwerk meinen Dank aussprechen.

Zum Schluss möchte ich uns wieder das Zitat von Paul Ryan aus dem letzten Jahr in Erinnerung rufen: „Wenn wir heute keine harten Entscheidungen treffen, müssen unsere Kinder noch viel härtere Entscheidungen treffen."

Lassen Sie uns diese harten Entscheidungen gemeinsam treffen – rechtzeitig, mit Blick auf die Liquidität und mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit der Stadt Göppingen zu bewahren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und auf eine gute Zusammenarbeit in den kommenden Monaten.

Stadtkämmerin
Ulla Elschner